Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 225 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Illustrierter Courier (tägl. Heiltrendbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20513

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 während der Geschäftsstunden. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Simon, Halle

Freitag, 4. Mai 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 629. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Erneuter englischer Durchbruchsversuch bei Arras gescheitert

Die vierte Arrasschlacht

Berlin, 3. Mai. Der vierten Arrasschlacht, die am 3. Mai 5 Uhr 30 Minuten vormittags in breiter Front von Achville bis Quéant mit großer Heftigkeit aufflammte, ging starkes Feuer am Nachmittage und Abend des Vortages voran, das sich von Mitternacht an zum stärksten Trommelfeuer steigerte. Teilangriffe der Engländer am Vortage und feindliche Patrouillen, die in der Nacht vorzufühlen versuchten, wurden in unserem Feuer erstickt, bzw. zurückgetrieben. Unsere Artillerie erwiderte das englische Feuer mit Erfolg und zerstörte westlich Arras feindliche Munitionsstapel.

Im Raume von Reims war das Artilleriefeuer auf dem Aisnesügel am Höhenzug des Chemin des Dames zeitweise von außerordentlicher Heftigkeit und steigerte sich noch während der Nacht. Ein nachsuchend beabsichtigter feindlicher Vorstoß in der Gegend von Jouy wurde durch einen Feuerwirbel niedergehalten. Mehrfach erkannten feindlichen Ansammlungen südlich Cerny fügte unser Vernichtungsfeuer empfindliche Verluste zu.

Auf dem Champagneflügel nahm das Feuer besonders nachmittags und abends und in der Nacht gegen die Hauptkampfabschnitte bedeutende Stärke an. Zu größeren Kampfhandlungen konnte der durch seine Verluste erschöpfte Franzose sich nicht aufraffen. Nördlich von Prosnes nahmen einzelne Patrouillen- und Handgranatenkämpfe einen für uns günstigen Verlauf. Am Mittag versuchte stärkere feindliche Infanterie mit Maschinengewehren vorzudringen. Sie wurde jedoch ausgeschließlich durch unser Vernichtungsfeuer niedergehalten. Die Angabe des französischen Berichts, daß der Feind am 30. April 5 Geschütze erobert habe, ist völlig unzutreffend. Wir haben kein Geschütz verloren. Seit einiger Zeit pflegt der französische Heeresbericht aus Mangel an Erfolgen seine Beute vom ersten Angriff am 17. April zu wiederholen und allmählich zu vergrößern. Entgegen dem gestrigen Eiffelturmbericht wird gemeldet, daß bei Les Eparges kein französischer Angriff stattgefunden hat und kein Franzose in unseren Gräben gelangt ist. Auch diese Meldung ist frei erfunden.

Englands Gewaltherrschaft in Rußland

Stockholm, 2. Mai. „Aftonbladet" veröffentlicht einen aufschlußreichen Aufsatz über Englands Gewaltherrschaft in Rußland. Darin wird ausgeführt, daß die englischen Bemühungen, einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern, sich zunächst vorsichtig aus Licht wagten und jetzt frei an die Oeffentlichkeit treten. Unzählige Summen britischen Goldes seien in russische Kassen geflossen. Die russischen Telegraphenlinien würden von Engländern beaufsichtigt. Durch die Verdächtigung der Friedensfreunde habe man die Ablehnung des Sonderfrieden durchsetzen können. Bekanntlich gingen hierbei die englischen Behörden so weit, daß sie die russischen Revolutionäre in Halifax zurückhalten ließen und peinliche Verhöre mit ihnen anstellten. Die russischen Klagen beunruhigte man durch Ausflüchte betr. angebliche Verkehrsschwierigkeiten. So gelang es, den Arbeiterrat zu der Erklärung zu bringen, nur einen allgemeinen Frieden entbieten zu können. Die Fortsetzung des Krieges liegt jedoch allein im Interesse der englischen Großkapitalisten, die sich durch Vernichtung Deutschlands zu Herren über die ganze Welt machen wollten. Seit einiger Zeit versucht man durch Schreckmittel zu wirken. So malt man jetzt den Russen das japanische Gespenst an die Wand, obwohl Japan nicht daran denkt, sich in die europäischen Fragen einzumischen. Ein anderes Schreckmittel sind die Lügenmeldungen über die deutschen Flottenoperationen und Truppenzusammenziehungen an der Ostfront, die einer Offensive gegen Petersburg gelten sollten. Gleichzeitig ist London eifrig damit beschäftigt, sich russische Ostseegebiete anzueignen. Es ist allgemein bekannt, daß englische Agenten umfangreiche Landankäufe bei Reval wie bei Gafsaiß vornehmen. Als dies bekannt wurde, beeilte man sich, es abzuleugnen. Bezeichnenderweise bestreitet man russischerseits nur die Verpfändungen russischer Ländereien an England im Zusammenhang mit der Kriegsanleihe. Dies ist besonders auffallend und zeigt, daß das Abkommen an und für sich nicht bestreitbar ist. Wie neutrale Beobachter erzählen, herrscht augenblicklich in London in vermögenden Kreisen eine reine Fastnachtsstimmung. So sicher und siegesgewiß fühlt man sich in der Ueberzeugung, daß der russische Koloß fester denn je in ihrem Schlepptau ist. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Engländer bald die Vergänglichkeit alles Irdischen werden erkennen müssen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß der Tag herkommen kann, als man auf, um die englische Gewaltherrschaft in Rußland vorüber ist.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 3. Mai. Amtlicher Bericht vom 2. Mai. Irakfront: Am 30. April griffen die Engländer auf dem linken Tebhem-Ufer ein vorgeschobenes Infanterie-Regiment an. Nachdem der Angriff abgeschlagen war, wurde unsererseits ein Gegenangriff gegen den feindlichen rechten Flügel ausgeführt, wobei es uns gelang, 40 Offiziere und 163 Mann gefangen zu nehmen. Ein russisches Kavalleriegiment versuchte Lyer bis nördliche Diala zu gehen, was jedoch durch unser Feuer vereitelt wurde.

Kaukasusfront: Gegen unseren linken Flügel richtete der Feind wirkungsloses Artilleriefeuer.

Sinai-Front: Eins unserer Flugzeuge griff ein bewaffnetes feindliches Schiff mit Maschinengewehrfeuer an und zwang es, sich in südwestlicher Richtung zu entfernen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 3. Mai, abends. (Amtlich.) An der Arras-Front ist ein erneuter englischer Durchbruchsversuch unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert.

An der Aisne und nördlich Reims anhaltend starker Artilleriekampf.

Im Osten nichts Wesentliches.

Zwei feindliche Kriegsfahrzeuge vernichtet

Berlin, 3. Mai. (Amtlich.) In der Nacht vom 2. zum 3. Mai wurde ein feindliches Torpedomotorboot durch unsere Vorpostenstreitkräfte vor der flandrischen Küste versenkt. Ein zweites wurde so schwer beschädigt, daß seine Vernichtung wahrscheinlich ist.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 3. Mai. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe des Generalobers. Erzherzog Joseph

Ein Vorstoß mehrerer feindlicher Kompagnien gegen unsere Stellungen im Putna-Tal wurden unter blutigen Feindesverlusten abgewiesen.

An den übrigen Teilen der Front stellenweise lebhaftere Artillerietätigkeit.

Südwestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Eine Anfrage der Konservativen an den Reichskanzler

Berlin, 3. Mai. Im Reichstage hat die konservative Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses, der die Forderung aufstellt, einen gemeinsamen Frieden ohne Annexion und Kriegsentschädigung abzuschließen, hat mangels klarer Stellungnahme des Reichskanzlers dazu in weiten Kreisen des deutschen Volkes schwere Beunruhigung hervorgerufen, weil ein solcher Friedensschluß zwar den internationalen Grundsätzen, nicht aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen würde.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über seine Stellung zu diesem Beschluß Ausdruck zu geben?

Der Hauptausschuß des Reichstages

erörterte am Donnerstag u. a. die belgische Frage: Der Staatssekretär wies zunächst auf seine im Februar im Ausschuß gemachten Aeußerungen über die Blamenpolitik hin. Er gedachte sodann in warmen Worten der Verdienste des verstorbenen Generalgouverneurs v. Bissing. Die Verwaltungstrennung werde in engster Fühlung mit dem Rat in Flandern bearbeitet und mache gute Fortschritte. Eine einheitliche Durchführung der Blamenpolitik auch in den Heer und Marine unterstellten Gebieten sei gesichert.

Der Zentrumsredner lehnte es ab, sich jetzt schon über die deutschen Kriegsziele in Belgien auszusprechen.

Das Mitglied der Deutschen Fraktion wies auf die Bedeutung der flandrischen Küste, auf die Notwendigkeit einer Flankendeckung für das niederrheinische Industrierevier und auf die Wichtigkeit des Hafens von Antwerpen hin.

Inzwischen ist ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen eingelaufen, den Reichskanzler zu ersuchen, bald die erforderlichen Maßnahmen behufs sofortiger Rückbeförderung der belgischen Zwangsarbeiter aus Nordfrankreich in die Heimat zu treffen. Der Redner der Konservativen erklärte, für die Gestaltung der Verhältnisse in Belgien dürfe es nur eine Richtlinie geben: Die Sicherung der Zukunft unseres Volkes. Seine Freunde müßten fordern, daß die flandrische Küste unter deutschem militärischen Einfluß bleibe. Hierauf gab Ministerialdirektor Dr. Lewald nähere Auskunft über die Durchführung der Verwaltungstrennung hinsichtlich der einzelnen Behörden. Es sei zu erwarten, daß trotz einiger Schwierigkeiten die Trennung in wenigen Wochen beendet sein werde.

Der deutsche Gesandte aus Brasilien in Uruguay

Bern, 3. Mai. Wie die „Agenzia Americana" meldet, hat der bisherige deutsche Gesandte in Brasilien Pauli mit Begleitung die brasilianische Grenze überschritten und befindet sich in Uruguaya.

Krone und Parlament

Die Frage der sogenannten Neuorientierung hat in den meisten Blättern der linksstehenden Parteien eine geradezu doktrinäre Erörterung gefunden und ist in eine so starre und ausschließlich gegensätzliche Formel gepreßt worden, daß sich daraus, wenn das richtig wäre, zum Beispiel für das Problem Krone und Parlament, Monarchie und Demokratie, Volksrechte und Herrscherrechte, nur auf ein entweder — oder schließen lassen würde. Es paßt eben gewissen agitatorischen Elementen diese harte Formulierung für ihre besonderen Zwecke allein in den Kram, und sie wollen sich damit mehr nach außen brüsten, als daß sie damit nach innen überzeugen wollen. In Wirklichkeit zeigt diese absolute Betrachtungsweise einen außergewöhnlichen Mangel an historischem Denken und an historischen Kenntnissen. Die ganze Menschheitsgeschichte hat sich nicht in absoluten Gegensätzen bewegt und bewegt sich auch gegenwärtig nicht in sinnüberbrückbaren politischen und ökonomischen Faktoren, sondern ging und geht ihren Gang in ausgleichender Entwicklung und kennt nur relative, aber nie absolute Gegensätze. Die konservative Partei, der man so gern starre und absolute Auffassungen vorwirft, hat dennoch in ihren besten Vertretern diese Erkenntnis immer wieder hervorgehoben, und es war kein geringerer als Bismarck, der besonders in seinen letzten Jahren in seiner abgeklärten klassischen Betrachtungsweise der „Gedanken und Erinnerungen" diese Relativität aller menschlichen Vorgänge und Verhältnisse immer wieder betont hat. Er hat das auch der Frage Monarchie und Demokratie, Krone und Parlament gegenüber getan, und es ist sehr verdienstlich, daß gerade an diese Tatsache der Bibliothekar des Herrenhauses, Dr. Thimme, gegenwärtig in der „Deutschen Politik" (vom 20. April dieses Jahres) eindringlich und mit vielen Belegen erinnert. Die konservative Presse braucht sich keineswegs zu scheuen, diese Erinnerung weiter zu tragen, denn auch sie hat die Begriffe Monarchie und Demokratie, Krone und Parlament niemals als starre Größen von ewiger Gleichförmigkeit bewertet, sondern sie und ihre besten Führer, wie Herr von Heydebrand und der Freiherr von Zedlitz, haben die Beweglichkeit und Entwicklungsfähigkeit dieser geschichtlichen Erscheinungen wiederholt unterstrichen. Die Differenz zur ausschließlich demokratischen Presse und ihren Parteien beginnt erst bei dem Maß und der Zeitfolge, in denen die Beziehungen zwischen Krone und Parlament, zwischen Monarchie und Demokratie revidiert werden sollen. Die konservative Partei, die die bewährten Entwicklungstatsachen in Politik und Wirtschaft fest gesichert sehen möchte, wird sich niemals zu dem überstürzten einfachen Verfahren des „entweder-oder" bequemen können. Sie wird auch nicht sagen können, Sein oder Nichtsein, sondern sie will eben dem ganzen Charakter ihrer Weltanschauung nach das Tüchtige erhalten, das Bewährte stützen und das Gute nicht vernichten lassen, nur weil es anderen Parteien nicht in ihren agitatorischen Kram und in ihre kurzlebigen Volksbeglückungsträume hineinpaßt. Deswegen aber verharrt sie nicht in allem, was einmal entstanden ist, wenn sie nicht zugibt, daß dies alles wert sei, daß es zugrunde gehe. Es wird sich vielleicht zum Staunen und sicher zum Aerger ihrer Gegner offenbaren, wie sehr sie gerade in dem Problem Krone und Parlament keine absolute Starrheit erblickt und keine absoluten unveräußerlichen und unabänderlichen Rechte der Krone festgelegt sehen will. Die Geschichte der konservativen Partei sollte doch den Gegnern der konservativen Weltanschauung gezeigt haben, wie wenig die Konservativen in jedem Fall und in jeder Zeit das tun, was der jeweilige Herrscher ihnen zumuten möchte, und wenn diese Gegner schon die Geschichte der konservativen Parteien nicht kennen, nicht ihre Opposition gegen die Krone in den sechziger und siebziger Jahren, nicht ihre Kämpfe gegen Caprivi und seine Politik, und wenn sie sich schon nicht mehr an die Entwicklung der Kanalvorlage und andere Tatsachen erinnern, wo die Konservativen immer wieder ihre ehrliche Ueberzeugung auch gegenüber der Krone verteidigt und oft durchgesetzt haben, — so sollten sich diese Herren doch aus den politischen Verhältnissen der Gegenwart belehren lassen, die wir nur anzudeuten brauchen. Es paßt den Gegnern der Konservativen nur nicht in ihren Kram, daß die konservative Opposition und die konservative Tendenz, das Parlament — beispielsweise das preußische Herrenhaus und das preußische Abgeordnetenhaus — gegenüber der Regierung und der Krone zu stärken, immer meist dann einsetzen mußte, wenn und weil die konservative Auflehnung gegen Krone und Regierung in solchen Fällen meist verbunden war mit einer konser-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191705042-12/fragment/page=0001

bativen Auflehnung gegen Liberalismus und Sozialismus. Wie immer sich die Herren der Linken zu solchen konservativen Oppositions-Notwendigkeiten stellen mögen, sie sollten dabei ehrlicher Weise wenigstens anerkennen, daß auch die Konservativen ihr Verhältnis zur Krone und Monarchie, zur Regierung und zur bestehenden Staatsform und Verfassung, niemals als absolut starr und unveränderlich und widerspruchslos betrachtet haben, sondern daß sie von ihrem Standpunkte genau so wie jede andere Partei ihre jeweilige Stellungnahme zu diesen Faktoren von der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Situation abhängig gemacht haben. Die Gegner der Konservativen können sich darauf verlassen, daß das auch weiterhin geschehen wird und daß die Konservativen auch bei der gegenwärtig vielfach so einseitig betonten und laut ausgeschrienen Neuorientierung nicht anders handeln werden. Sie werden, so hoffen wir, ihren Gegnern nicht den Gefallen tun, sich selber auszuschalten, sondern sie werden gerade nach bester altpreußischer Art ihren Gegnern zeigen, daß sie da sind und daß auf dem Wege zur sogenannten Neuorientierung auch ihre starken Bataillone nicht fehlen werden. Wer aber, so oder so, für oder gegen eine Sache mitkämpft, der ist sicher, daß ein Teil seines eigenen Wesens in jedem Fall in die künftige Gestaltung der Dinge mit übergeht.

Englands schwere Besorgnisse

Bern, 2. Mai. Der Schiffahrts-Sachverständige der „Times" schreibt: Nichts wird durch Verheimlichung der Tatsache gewonnen, daß die leitenden Reeder über die anhaltenden Schiffsverluste sehr ernstlich erregt sind und mit der schwersten Besorgnis in die Zukunft blicken. Der Abgeordnete Herbert Samuel tadelte bei einer Versammlung im Coronet-Theater die Unfähigkeit der Admiralität, die von Woche zu Woche ernster werdende Tauchbootgefahr zu bemeistern. Carson habe vor zwei Monaten erklärt, die gegen die Tauchboote ergriffenen Maßnahmen würden Erfolg haben, aber das auf ihn gesetzte Vertrauen sei nicht gerechtfertigt worden. Die letzten Ziffern, die er über die Versenkungen gesehen habe, bewiesen, daß die Lage schlechter sei, als die veröffentlichten Ziffern erkennen ließen.

Der wachsende Unmut gegen die Admiralität findet seinen Ausdruck in einer vom früheren Zivillord Lambert angekündigten Parlamentsanfrage, ob der Ministerpräsident Personalveränderungen in der Admiralität plane, die „außer Stande ist, die Handelsmarine gegen die zunehmenden Verluste durch Minen und Tauchboote zu schützen."

Mit Bezug auf Lloyd Georges Guildhall-Rede sagt „Times": Es ist zwecklos, zu leugnen, daß die deutschen Berechnungen über den Umfang der Tonnage, die sie versenken könnten und würden, sich bislang bewahrheitet haben, und daß der Gleichmut, mit dem ihre Drohungen hier aufgenommen worden sind, nicht am Platze war.

Zu Lloyd Georges Angabe, die Versenkungen während der letzten Monate des Vorjahres seien zum Jahresdurchschnitt von Hunderttausenden von Tonnen erfolgt, bemerkt die Zeitung: Er hätte hinzufügen können, daß innerhalb der letzten drei Monate die Versenkungen zum Jahresdurchschnitt von Millionen Tonnen erfolgt sind, und das Schlimmste ist, daß die Häufigkeit der Versenkungen zugenommen hat und noch zunimmt. Trotzdem sei der Erfolg nicht der von den Deutschen erwartete, denn noch zeigten sich in England keine Zeichen von Hungersnot oder auch nur von Mangel, was auf kluger Beschränkung der entbehrlichen Einfuhr auf das Notwendigste beruhe.

Gerade dieser Erfolge aber habe eine äußerst bedenkliche Seite, da im Publikum der gefährliche Glaube erweckt werde, der Bedarf würde trotz der allwöchentlichen Schiffsverluste nicht verkürzt. Die Zeitung hofft, daß, wie Lloyd George angedeutet habe, die Tauchbootgefahr mit der Zeit erfolgreich niedergekämpft werden würde, was aber schwerlich in zwei oder drei Monaten geschehen könne. Wenn es nicht doch noch zur Hungersnot kommen solle, sei es unumgänglich notwendig, die vorhandenen Vorräte durch sofortige Einführung der Zwangsrationierung möglichst zu strecken. Dieser Schritt sei unvermeidlich. Ein Festhalten an der Hoffnung auf freiwillige Einschränkung könne sich als schicksalsschwerer Fehlgriff erweisen.

Weitere Steigerung der englischen Kriegskosten

Amsterdam, 3. Mai. „Handelsblad" meldet aus London: Bonar Law sagte in seiner Haushaltsrede ferner, daß die täglichen Kriegskosten im neuen Etatsjahre auf 6 275 000 Pfund gegen 6 022 000 Pfund in dem letzten Jahre geschätzt werden. Alle Schiffe über 1600 Tonnen sollen nach Möglichkeit herangezogen werden. Die Reeder sollen nach Tarifen bezahlt werden, die ihnen keine so großen Kriegsgewinne gestatten wie bisher. Man erwartet, daß die täglichen Kriegskosten noch mehr steigen werden.

Bonar Law sagte ferner, daß die Kriegsgewinne größtenteils von den Munitionsfabriken und Reedern gemacht werden. Diese Steuererhöhung für Kriegsgewinne soll rückwirkende Kraft haben und vom 1. Januar ab gelten. 15 Prozent Kriegsanleihe und der Verkauf von Schatzwechseln hätten zusammen den Betrag von 966 048 000 Pfund aufgebracht.

Hungersnot in England

Stockholm, 2. Mai. Nach zuverlässigen Meldungen wird die Einschränkung der Lebensmittel in England ungemein hart empfunden. Die Nachrichten häufen sich, nach denen in einzelnen Fällen Familien Hunger leiden. Besonders die Verpflegung der Kinder scheint schwierig zu sein. Tatsache ist, daß es selbst in vornehmen Klubs nur zweimal in der Woche Kartoffeln gibt.

Auszeichnung

Wien, 3. Mai. Der Kaiser hat der Prinzessin Maria Henriette zu Hohenlohe-Schillingsfürst geb. Erzherzogin von Oesterreich in Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um das Rote Kreuz das Ehrenzeichen 1. Klasse vom Roten Kreuz mit Kriegsdekoration verliehen.

Die Beschießung von Dover und das Nachtgefecht vor den Downs

am 21. April

Eine deutsche Torpedobootsflotille unter Führung des Korvettenkapitäns Gautier steuerte in der Nacht vom 21. April zwischen 12 und 1 Uhr in den englischen Kanal und manövrierte bis an Dover heran. Etwa halbwegs begann die Beschießung von Dover, wobei das Gelände mit Leuchtgeschossen beleuchtet wurde. Nachdem mit dem gewünschten Erfolg der Beschießung gerechnet werden durfte, ging die Flottille nahe an die auf der Reede vor Anker liegenden Bewachungsdampfer heran, wovon einer mit vernichtendem Erfolg unter Artilleriefeuer genommen wurde. Die Scheinwerfer von Dover waren bemüht, die Angreifer zu entdecken, aber ohne Erfolg. Hierauf wurde die Rückfahrt angetreten. Nach 2 Uhr wurde nochmals Kehrt gemacht und der Kurs auf die Downs genommen, in der Absicht, auslaufende Seestreitkräfte anzugreifen. Ungefähr 2 Uhr 40 Min. etwa vier Seemeilen südöstlich von South Goodwin-Feuerschiff wurde ein abgeblendetes feindliches Schiff gesichtet. Die Flottille ging sofort zum Angriff heran. Es kamen auch bald ein oder zwei weitere feindliche Fahrzeuge in Sicht, und es entspann sich zwischen den ersten drei deutschen und zwei bis drei feindlichen Zerstörern ein scharfes Gefecht. Um 2 Uhr 45 Min. erhielt das feindliche Führerschiff einen Torpedotreffer unter der Kommandobrücke. Das Schiff brach unter starker Explosion in sich zusammen und sank zuerst mit dem Heck in die Tiefe. Nunmehr bekämen andere feindliche Zerstörer zum Rammstoß auf die vordere deutsche Gruppe von drei Booten zu. Unser Schlußboot wich dem Rammstoß durch ein geschicktes Manöver aus, so daß der feindliche Zerstörer durch die Lücke zwischen dem 2. und 3. Zerstörer hindurchstieß. Hierbei wurde er von unserer Artillerie mit Geschossen überschüttet. Es wurde festgestellt, daß er ein großes Schußloch an der Vordwand hatte, daß die Kommandobrücke zusammengeschossen nach Backbord überhing, und daß das Achterdeck brannte. Die 3. Wirkung des Feindes mit Torpedos und Artillerie war erfolglos. In der Dunkelheit kam dann der Gegner außer Sicht.

Während sich das Gefecht zwischen 2—3 englischen Zerstörern bzw. Führerschiff und der deutschen vorderen Gruppe von drei Booten abspielte, war ebenfalls die hintere deutsche Gruppe in einen heftigen Kampf mit mehreren feindlichen Zerstörer-Führerschiffen und Zerstörern verwickelt. Auf das vorderste Boot der hinteren deutschen Gruppe setzte etwa um ½3 Uhr ein feindliches Zerstörer-Führerschiff zum Rammstoß an. Dieser wurde durch Ausweichen vermieden. Während des Passierens wurden auf die Gegner 2 Treffer im Bug und 1 Treffer in die Kommandobrücke erzielt. Die drei deutschen Boote suchten sich dann zu sammeln, wobei starke Funken aus den Schornsteinen sprühten, und so in der dunklen Nacht ein verhältnismäßig gutes Ziel für die feindliche Artillerie geboten wurde. Hierbei gelang es, auf einem der feindlichen Zerstörer mit 3 Schornsteinen einen Torpedotreffer zu erzielen, der ihn sofort in Flammen hüllte. Unmittelbar darauf kurz vor 3 Uhr erhielt das 2. Boot hinter der deutschen Gruppe einen Torpedotreffer. Das Boot brach auseinander. Im Verlaufe dieses Gefechtes wurde dann wahrscheinlich auch das zweite deutsche Boot, das seit dieser Zeit nicht mehr gesichtet wurde, zerstört. Bei diesem Kampf gelang es einem der deutschen Zerstörer (wahrscheinlich dem später vernichteten), an die feindlichen Zerstörer heranzukommen. Unsere Mannschaften enterten an Bord des Gegners, wobei es zu einem harten Kampf Mann gegen Mann kam. Inzwischen kamen weitere feindliche Streitkräfte in Sicht, die unsere Boote veranlaßten, dem an Zahl überlegenen Gegner auszuweichen und den Rückmarsch anzutreten.

Die in letzter Zeit vielfach verbreitete Ansicht, daß sich der ganze nächtliche Kampf zwischen 6 deutschen und nur 2 englischen Zerstörern abgespielt habe, ist durchaus unzutreffend. Vielmehr war der Gegner unseren Streitkräften erheblich überlegen. Den wenigen deutschen Zerstörern gegenüber fanden nicht nur eine große Anzahl englischer Zerstörer, sondern vor allem auch noch eigener englischer Angabe ganz erheblich an Gefechtskraft überlegene zwei Zerstörer-Führerschiffe.

Versenkt

London, 3. Mai. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Der britische Dampfer „Gena" (2784 Tonnen) ist am Dienstag bei Albebourgh durch einen Torpedo versenkt worden, der von einem deutschen Wasserflugzeug abgeschossen war. Die gesamte Besatzung ist gerettet. Die „Gena" holte durch Geschützfeuer ein zweisitz Wasserflugzeug herunter, das an dem Angriff teilnahm. Die Insassen dieses Wasserflugzeuges wurden gefangen genommen.

London, 3. Mai. (Reutermeldung.) „Daily Mail" erfährt aus Albeburgh, daß das Flugzeug, das bei dem Angriff auf den Dampfer „Gena" beschädigt wurde, ins Schleptau genommen wurde. Führer und Beobachter wurden gefangen genommen. Einer von den beiden, der verwundet war, wurde ins Spital gebracht. ch

Amsterdam, 3. Mai. Ein hiesiges Blatt meldet aus Hollevoetsluis, daß dort 4 Mann von einem, letzte Nacht in der Nordsee torpedierten kleinen niederländischen Segler gelandet wurden.

Kopenhagen, 3. Mai. Das Ministerium des Aeußern teilt mit: Das dänische Segelschiff „Nawtherabank", auf der Reise von Buenos Aires nach Dänemark über England mit einer Maisladung, ist am 25. April nördlich von Schottland versenkt worden. Ein Boot mit dem Kapitän und acht Mann wird vermißt. — Der dänische Dampfer „Karbe II, auf der Reise nach England, ist in der Nordsee versenkt worden.

Kopenhagen, 3. Mai. Das Ministerium des Aeußern teilt mit: Einem Telegramm des dänischen Konsuls in Rotterdam zufolge ist das dänische Segelschiff „Areola", von England nach Dänemark mit Kohle unterwegs, nach Auflaufen auf eine Mine in der Nordsee gesunken. Zwei Mann der Besatzung wurden in Rotterdam gelandet. Das Schicksal der übrigen 12 Mann ist unbekannt.

Die Reichsentschädigungskommission in Berlin

nach den Verordnungen des Herrn Reichskanzlers vom 25. April 1915/17. Januar 1917 berufen, die Entschädigung für solche Güter zu regeln, welche außerhalb der Reichsgrenzen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten namens des Reichs beschlagnahmt worden sind, ist ermächtigt worden, im Rahmen ihrer Befugnisse den Einwohnern des Generalgouvernements Warschau für die in dessen Gebiet enteigneten Gegenstände Entschädigung zu gewähren und zwar im allgemeinen in der vollen Höhe des deutschen Friedenswertes; außerdem sollen Zinsen und nachgewiesene Kosten in demselben Umfang erstattet werden, wie es bei Reichsdeutschen und Verbündeten geschieht. Der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage nach Beendigung des Krieges bleibt es vorbehalten, von welchen Stellen und wieweit der Unterschied zwischen dem deutschen Friedenswert und den zum Teil höheren russischen Werte erstattet werden soll.

Anträge auf Entschädigung müssen binnen 3 Monaten nach der Verkündung dieser Bekanntmachung, oder, falls die Güter später enteignet werden, binnen 3 Monaten nach der Enteignung bei der Reichsentschädigungskommission in Berlin oder bei ihren Zweigstellen im Generalgouvernement (Entschädigungsamt in Lodz, Meterzeile 2, Kommissar der Reichsentschädigungskommission in Warschau, Warckkplatz 8) gestellt werden.

Der „Reichsanzeiger"

veröffentlicht die Bekanntmachungen über Hafer, Brennspiritus und den Absatz von Dörrgemüse.

Die erste amerikanische Anleihe für die englischen Kriegsbedürfnisse

Bern, 3. Mai. Nach einer Meldung der „Morning Post" aus Washington ist die erste amerikanische Anleihe dazu bestimmt, die dringendsten und notwendigsten Kriegsbedürfnisse Englands für den Augenblick zu befriedigen. Eine ähnliche Anleihe käme vielleicht auch bald für Italien in Betracht. In Besprechung der Anleihefrage betont „Morning Post" ernst mit Entschiedenheit, daß man in England die amerikanische Finanzhilfe nüchtern betrachten müsse. Selbst die Vorteile der Anleihe änderten nicht die Hauptsache, daß England schließlich verpflichtet sei, innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit riesige Zurückzahlungen außerhalb des Landes zu machen.

Die Lage in Brasilien

Bern, 2. Mai. Der „Temps" bringt eine Mitteilung der brasilianischen Gesandtschaft in Paris, in der die brasilianische Regierung die Nachrichten über Aufstände in Südbrasilien als übertrieben bezeichnet. Es seien dort bedeutend weniger Deutsche, als man im Auslande glaube. In Wirklichkeit seien nach der Versenkung der „Parana" in ganz Brasilien patriotische Kundgebungen erfolgt. In Sao Paulo hätten Brasilianer und Ententefreunde einige deutsche Besitzungen angegriffen. Die Gewalttätigkeiten seien jedoch sofort unterdrückt worden. In Porto Alegro seien bei Kundgebungen zugunsten der Regierung aus der deutschen Pension Schmidt Schüsse abgegeben und zwei hochstehende Brasilianer getroffen worden. Dieser allgemein bedauerte Wahnsinnsakt habe heftige Rückwirkung gezeigt. In Porto Alegro und Proletas seien darauf einige deutsche Unternehmungen von der Menge angegriffen und schwere Sachschäden angerichtet worden. Aber auch hier sei der Volkswut durch persönliches Eingreifen des Provinzialpräsidenten Einhalt geboten worden. Die brasilianische Bundesregierung habe sich bereits zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse mit den beiden Provinzialregierungen ins Einvernehmen gesetzt.

Man sucht in Frankreich Sündenböcke

Bern, 2. Mai. Bonnet Rouge meldet: Der Abgeordnete Hennessy brachte in der Kammer einen Interpellationsantrag ein, wonach die kommandierenden Generäle, die vor dem Feinde ein Kommando innegehabt haben und des Postens enthoben wurden, innerhalb Monatsfrist vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Die Interpellation Hennessy wird mit derjenigen Dalbiez über die Führung der letzten militärischen Bewegungen vereinigt wahrscheinlich in geheimer Ausschußsitzung erörtert werden.

Russischer Heeresbericht

vom 2. Mai. Westfront: In der Richtung auf Orgeyin südöstlich Medschibisch beschoß der Feind hauptsächlich mit schwerer Artillerie nachdrücklich unsere Stellungen. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer von Erkundungsabteilungen und Aufklärern.

Rumänische Front: Südwestlich Gimüchschane machten die Türken mehrere Angriffe, wurden aber zurückgeschlagen. Ebenso wurde eine türkische Abteilung nordwestlich Ognut abgewiesen.

Im Schwarzen Meer versenkte eines unserer Unterseeboote in der Gegend des Bosporus ein großes Segelschiff von tausend Tonnen sowie einen Dampfer von Schleppertyp. Die Besatzungen des Seglers und des Dampfers flüchteten an die Küste. Während der Beschießung des Dampfers wurde das Unterseeboot ebenfalls von der Küstenbatterie mit dreizölligen Geschützen beschossen. Durch drei wirksame Schüsse brachte das Unterseeboot die Batterie zum Schweigen.

Flugwesen: Ein feindliches Flugzeuggeschwader machte eine Streife gegen Tecuci und warf ungefähr 20 Bomben auf die Stadt.

Großer Wille in größter Zeit

Die gewaltigste Kraft im Menschen ist sein Wille. Nie war diese Kraft größer in der Geschichte, als in der Gegenwart, als in der größten Zeit, die jemals erlebt worden ist. Und der deutsche Wille ragt daraus am höchsten, in erstaunlichster Stärke empor. Er vollbringt das Wunder, der ungeheuerlich vielfachen Uebermacht des wildesten Feindeswillens gewachsen zu bleiben, mehr noch, seine rasenden Sturmfluten zu meistern. In Worte läßt die Größe des deutschen Willens sich nicht fassen, mit Worten ist sie nicht zu ermessen. Worte reichen an solche Willensgröße nicht entfernt heran. Darum bescheiden sich unsere amtlichen Heeresberichte, die den deutschen Heldenwillen, der sich jetzt im Weisen in so unaussprechlicher Größe betätigt, mit schlichten, einfachen Worten anzuerkennen. Am 17. April verzeichnete der amtliche Bericht den Beginn des schwersten Waffengenusses mit den Worten: Eine der größten Schlachten des gewaltigen Krieges und damit der Weltgeschichte ist im Gange. Die Zuversicht der deutschen Willensgröße drückte er so aus: Der große französische Durchbruchsversuch ist gescheitert. Voll Vertrauen erwarten wir alles Kommende. Am 21. April kündet der Heeresbericht der Welt, daß Truppen aller deutschen Stämme, im Kampfe Mann gegen Mann und in bis zum Tode getreuem Ausharren der schwerstem Feuer täglich und stündlich Heldentaten vollführen. „Der Heeresbericht kann sie nicht einzeln nennen."

In seinem Danke an die siegreichen Kämpfer an der Aisne und in der Champagne spricht unser Kaiser von dem stahlharten Willen, der Großes in todesmutigem Ausharren und unverdrossenem Angriff leistet. Zugleich aber enthält des Kaisers Dank die Versicherung der Heimat, daß sie im Daseinskampfe desselben festen Willens bleibt, wie die Helden draußen. Dafür ist ja auch die Heimat eingetreten: Sie hat bei dem Aufbringen der letzten Kriegsanleihe gezeigt, daß die Größe auch ihres Willens der größten Zeit entspricht. In noch nie dagewesener Höhe, nunmehr im Gesamtbetrage von 60 Milliarden, hat das deutsche Volk daheim Mittel für die Kriegführung zur Verfügung gestellt. Kein anderes Volk der Erde hält auch nur annähernd den Vergleich mit diesem Willen in größter Zeit stand. Solche Größe des Willens draußen und daheim gibt die unbedingte Gewähr, daß das deutsche Volk den Vorrang erhalten, daß es aus den Prüfungen der allergrößten Zeit als das erste der Welt hervorgehen muß. Sie ungemindert zu erhalten, ist heute die einzige Aufgabe. Zu dieser Aufgabe, das Größte in größter Zeit bis zum letzten Ende zu wollen, gehört vor allem auch, daß der Friedenswille auf den Willen eingestellt bleibt, die Größe unseres Berufes und unserer Zukunft in der Welt zu sichern, also nicht eher Frieden zu schließen als bis das größte Ziel erreicht ist, das Dasein des deutschen Volkes unantastbar zu gestalten. Denn kann der frevelhafte Versuch sich nicht wiederholen, die deutsche Größe durch die denkbar größte Vereinigung von Feinden zu zerschlagen. Wir Deutsche wollen nur einen Frieden, der so groß, so deutsch ist, wie unserer Helden Wille, der in dieser größten Zeit das herrlichste Hohelied des „Deutschland über alles" mit Blut schreibt, so wie es kein Dichter zu singen vermöchte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191705042-12/fragment/page=0002

Französischer Heeresbericht

...2. Mai nachmittags. In der Gegend von Chemin-des-Dames beiderseitige Artillerietätigkeit auf der Front Cerny-...-Craonne. Morgens machte der Feind gegen unsere ...chen und kleinen Posten Teilangriffe, die durch unser Ma...gewehrfeuer und unsere Handgranatenwerfer abgewiesen ...wurden. In der Champagne nahm der Artilleriekampf ...während der Nacht in dem Abschnitt am Cornillet-Berg und im ...Abschnitte ziemliche Heftigkeit an. Lebhafte Handgranaten...kämpfe im Gehölz westlich des Cornillet-Berges, in deren Ver...lauf wir bedeutende Fortschritte machten. Bei Sparges drangen unsere Abteilungen an mehreren Stellen in die deutschen Li...nien ein. Wir führten Zerstörungen aus und brachten Ma...terial zurück. In Lothringen Tätigkeit der Streifab...teilungen in Richtung Moncel und Embermenil. Wir machten Gefangene.

Flugwesen: In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai warfen unsere Bombenwurfgeschwader zahlreiche Ge...schosse auf mehrere Bahnhöfe und militärische Anlagen in der Gegend von Laon, Vouziers und Rethel. Brände wurden fest...gestellt.

Vom 2. Mai abends. Die beiderseitige Artillerie war besonders tätig in der Gegend nordwestlich von Reims und in der Champagne.

Luftkrieg. Zur Vergeltung für die Bewerfung von Mülhausen und Epernay durch deutsche Flieger in der Nacht vom 29. zum 30. April haben fünf unserer Flugzeuge in der letzten Nacht die Stadt Trier überflogen, auf welche sie viele Geschosse abgeworfen haben. Der Angriff hat sein Ziel erreicht. Im Mittelpunkt der Stadt war ein Brand von großer Heftigkeit ausgebrochen, der schnell um sich griff. Am 30. April und 1. Mai haben unsere Flugzeugführer zwei deutsche Apparate angeschossen, ein andere feindliche Flugzeuge sind ernstlich beschädigt worden.

Englischer Heeresbericht

Vom 2. Mai. Unsere und die feindliche Artillerie war während der Nacht nur an einer Angahl von Stellen unserer Front zwischen St. Quentin und Lens tätig. Bei Fauquissart wurde ein deutscher Stoßtrupp abgewiesen. Sonst nichts Wichtiges zu melden.

Vom 2. Mai abends. Heute früh wurde nördlich Arleux ein feindlicher Stoßtrupp mit Verlusten zurückgeworfen. Auf beiden Ufern der Somme und in der Gegend von Ypern war die Artillerie auf beiden Seiten tätig. 11 deutsche Flugzeuge wurden heruntergeholt, sechs gebrauchsunfähig gemacht. Von unseren Flugzeugen werden vier vermißt.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 1. Mai. General Maude griff am Montag das 13. türkische Armeekorps an, das sich auf beiden Ufern des Schatt-el-Adhaim verschanzt hatte. Der Feind wurde überrascht und seine beiden ersten Linien, unter Ausschluß eines befestigten Dorfes, wurden schnell und in unwiderstehlichem Ansturm genommen. Durch einen starken Gegenangriff verloren wir das Dorf wieder, gewannen aber schnell wieder zurück. Der Feind wurde in die Berge von Jebel Hamrin zurückgetrieben. Wir machten 350 Gefangene, darunter einen Regimentskommandeur.

Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 1. Mai. Auf der Strumafront zeigte die feindliche Artillerie erhöhte Tätigkeit gegen unsere Stellungen bei Novori und Barculi Dzuma. Auf der Doiranfront wurde ein feindliches Flugzeug heruntergeschossen. Es fiel in Flammen gehüllt in unseren Linien nieder.

Englischer Heeresbericht aus Aegypten vom 1. Mai. In der Nachtwirtschaft von Gaza Kämpfe von Erkundungsabteilungen, wobei unsere Infanterie und berittene Truppen Erfolge hatten. Im Verlauf einer Beschießung durch Artillerie entfernten wir feindliche Artillerietruppen, zerstörten oder beschädigten feindliche Geschütze und einen Bewachungsposten der Artillerie und brachten ein Munitionslager zur Explosion.

Beschäftigung der Kriegsgefangenen in England

Im englischen Unterhaus ist mitgeteilt worden, daß von den arbeitsfähigen Kriegsgefangenen jetzt 84 Prozent beschäftigt werden. Das Gleiche soll demnächst auch mit dem Rest geschehen. Die Arbeitgeber zahlen der Regierung die vollen ortsüblichen Lohnsätze; hiervon erhalten die Kriegsgefangenen durchschnittlich einen Penny die Stunde.

Provinz Sachsen und Umgebung

Gewährung von Darlehen an private Erziehungsanstalten

Dem am 14. Mai d. Js. in Merseburg zusammentretenden Provinziallandtag wird folgender Antrag zugehen:

Der Provinziallandtag wolle

1. den Provinzialausschuß ermächtigen, privaten Erziehungsanstalten zur Errichtung von Neubauten oder zur Vornahme von Erweiterungen und Verbesserungen mit 4 v. H. verzinslichen und mit 1 v. H. sowie dan Zinsen der getilgten Darlehnsbeträge zurückzuzahlende Darlehen bis zum Gesamtbetrage von 500 000 Mark unter der Bedingung zu gewähren:
   a) daß das Darlehn hypothekarisch eingetragen wird und einschließlich etwaiger Vorhypotheken den Taxwert der Grundstücke und Gebäude der Anstalt nicht übersteigt,
   b) daß die Anstalt sich verpflichtet, dem Provinzialverbande zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen für einen vom Provinzialausschuß zu bestimmenden Zeitraum eine entsprechende Anzahl ihrer Plätze zur Verfügung zu stellen.
2. sich damit einverstanden erklärt, daß der Betrag von 500 000 Mk. unter die außerordentlichen, durch Anleihe zu deckenden Ausgaben des Haushaltsplanes für die Jahre 1918/19 aufgenommen wird und die vor Beginn des nächsten Haushaltszeitraumes auszuzahlenden Darlehen vorläufig aus bereiten Mitteln entnommen werden.

Der Krieg und die Krieger

— Dresden, 3. Mai. (Keine Feier des Pfingstmontages?) Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" weisen auf eine Bewegung in Berlin hin, die aus vaterländischem Interesse einen Verzicht auf die Feier des diesjährigen Pfingstmontages anregt. Im Hinblick auf die Feldgrauen, die ja auch keinen Sonntag haben, so wird gesagt, dürfte man dieses kleine Opfer gern bringen. Es wird darauf hingewiesen, daß dem religiösen Bedürfnis am Pfingstsonntag genügend Rechnung getragen werden könne. Der durch den Verzicht gewonnene Tag könne im Interesse der Ausrüstung und Ernährung gut Verwendung finden. Nicht unerheblich sei der Gewinn, der darin liege, daß die Ueberlastung der Eisenbahnen durch den Pfingstverkehr dadurch eingeschränkt würde. Man glaubt, daß ein Beschluß des Bundesrats genügt, um diesen Gedanken zu verwirklichen.

— Burkardtsdorf, 3. Mai. (Echt deutsche Gesinnung) bewiesen die Schüler der Gewerblichen Zeichenschule der Vereinigten Handwerkerinnung, indem sie auf die Geldbeträge der ihnen für vorzüglich gefertigte Arbeiten zuerkannten Preise verzichteten und diese dem Verein Heimatdank stifteten.

— Gotha, 3. Mai. (Was Kinderhände vermögen.) In einigen Monaten sammelten die Kinder der freiwilligen Kriegshilfe Gotha 4000 Kilogramm Birschhüchsen, 2252 Kilogramm Lumpen, 9538 Kilogramm Papier, 250 Kilogramm Knochen, 450 Kilogramm Eierschalen, 50 Kilogramm Gummi, 40 Kilogramm Messing, 12 Kilogramm Kupfer, 52 Kilogramm Blei, 56 Kilogramm Zinn und Stanniol, 8 Kilogramm Korke, 4500 Kilogramm Schalen und Gemüseabfälle. Diese 21 206 Kilogramm oder 212 Doppelzentner wurden auf kleinen Wägelchen oder im Sacke auf dem Rücken beigebracht. Dazu kamen noch Säcke, Flaschen aller Art, wofür über 3000 Mark eingenommen wurden, die den Kindern in Naehrungsmitteln, Schuhen und Büchern, auch in lebenden Kaninchen voll zugute kamen.

Aus Landes- und Stadtparlamenten
Verbandstagungen — Wahlen

W. Meiningen, 3. Mai. (Landtag.) Es liegt der Bericht über die Sitzung vom 30. April auf. Abg. Wehder berichtet für den Gesetzausschuß über den Antrag Knauer und Genossen und das Gesuch des Magistrates Saalfeld betreffend Abgabe von Brennholz. Der Antrag Knauer bezweckt, bedürftigen Gemeinden Brennholz für eine mäßige Taxe aus den Domänenforsten zu übermeisen. Abg. Knauer begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die große Not, die durch den Kohlen- und Holzmangel hervorgerufen wurde und verlangt von der Regierung, daß sie Brennholz zu Taxpreisen abgebe. Staatsminister Exz. Schaller ist mit den Ausführungen des Berichterstatters dahin einig, daß die Holznot abgestellt werden müsse. Nach längerer Debatte wird sowohl das Gesuch der Stadt Saalfeld, wie der Antrag Knauer und Genossen der Regierung zur Erwägung überwiesen mit dem Ersuchen, dem Gesuch des Magistrates Saalfeld wenn möglich zu entsprechen.

W. Mühlhausen, 3. Mai. (Der Kreistag) beschloß die Aufnahme einer weiteren Anleihe von einer Million Mk. zur Bestreitung der Kriegsfamilienunterstützungen. Für genannte Zwecke wurden im Landkreis Mühlhausen seit Beginn des Krieges 2 595 000 Mk. gezahlt.

Heiligenstadt, 3. Mai. (In der Stadtverordnetensitzung) erfolgte die Prüfung und Festsetzung des städtischen Haushaltsplans für 1917/18. Der Hauptetat wurde auf 305 700 Mk. in Einnahme und Ausgabe (im Vorj. 297 300 Mk.) festgesetzt. Die Steuerzuschläge bleiben wie bisher 170 Proz. zur Staatseinkommensteuer, 180 Proz. zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Lebens- und Genußmittelfragen

— Altenburg, 3. Mai. (Badverbot.) Eine Verordnung des Herzoglichen Ministeriums verbietet bis auf weiteres, in gewerblichen Betrieben, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Erfrischungsräumen, sowie in Vereinsräumen anderes Gebäck herzustellen oder feilzuhalten als Schwarzbrot, Weißbrot oder Zwieback; im Haushalt darf nur Obstkuchen hergestellt werden, zu dem keine Butter verwendet wird, ebenso in den Konditoreien. — Ferner setzt das Ministerium Höchstpreise für junge Gänse und Enten fest. Für junge Gänse im Alter bis zu 3 Wochen darf als Kaufpreis nicht mehr als 2,75 Mk. gefordert und gezahlt werden, für junge Enten im gleichen Alter nicht mehr als 1,75 Mk. Die Ausfuhr aus dem Herzogtum unterliegt bei diesem Jungeeffügel einer besonderen Kontrolle.

— Köthen, 3. Mai. (Der erste Spargel) ist in diesen Tagen bereits gestochen worden. Zwar waren es bisher nur ganz geringe Mengen, auch Riesenpfeifen waren noch nicht darunter, aber der Anfang ist doch immerhin gemacht, ein Zeichen, daß es trotz Kälte und Witterungsungunst vorwärts geht.

M. Belgern (Elbe), 3. Mai. (Ein Hamster.) Im Nachbardorfe Neußen hatte ein Herr aus Torgau Lebensmittel aufgekauft und in seinem Rucksack untergebracht. Der Rucksack enthielt, als er auf dem Bahnhof die Aufmerksamkeit des hiesigen Polizeidieners erregte und von ihm geöffnet wurde, 11 Pfd. Schweinefleisch, 5 Pfd. Wurst, 2 Pfd. Schmeer, 1 Pfd. Wurstfett, 2 Pfd. Honig, außerdem Mehl, Graupen und einige Kleinigkeiten. Alle diese Sachen wurden beschlagnahmt und der „Hamsterer" mußte mit leeren Händen die Rückreise antreten.

Landwirtschaftliches

Ablieferung von Hafervorräten

Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Durch eine Verordnung des Reichskanzlers vom 1. Mai 1917 ist, ähnlich wie im Vorjahre, durch die Verordnung vom 17. Januar 1916, angeordnet worden, daß die Kommunalverbände alle Hafervorräte, die an sie abgeliefert oder für sie enteignet werden, entsprechend den Anforderungen der Reichsfuttermittelstelle der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zur Verfügung zu stellen haben. Zur Vornahme des sogenannten Ausgleiches innerhalb ihrer Kreise sind sie nunmehr soweit berechtigt und verpflichtet, als ihnen nach Befriedigung der Anforderungen der Reichsfuttermittelstelle dafür Vorräte verfügbar bleiben. Die für Hafernährmittelbetriebe bestimmten Mengen werden durch die Verordnung nicht berührt. Ebenso bezieht sich die Einschränkung des Ausgleichs nicht auf die Stadt- und Industrielandkreise, die für ihre Pferde von der Zentralstelle Hafer zugewiesen erhalten.

Die jetzigen Höchstpreise für Brotgetreide

Nach der Bundesratsverordnung über Höchstpreise für Brotgetreide vom 24. Juni 1916 sollten sich ab 1 April 1917 die Höchstpreise für Roggen und Weizen um 15 Mk. für die Tonne ermäßigen. Durch die Bundesratsverordnung über die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten vom 22. März ist diese Bestimmung jedoch aufgehoben, so daß also keine Senkung der Preise eingetreten ist. Es scheint jedoch bei manchen Händlern und Landwirten darüber keine Klarheit zu bestehen, was offenbar darauf zurückzuführen sei, daß jene Bundesratsverordnung, die nur auf den Paragraphen hingewiesen hat, wohl nicht immer verstanden worden ist. Leider hat auch die offiziöse Mitteilung über die Bekanntmachung vom 22. März sich in höchst unklarer Weise über die ferner geltenden Höchstpreise ausgesprochen. Es sei daher ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen, daß die Höchstpreise für Brotgetreide unverändert geblieben sind.

(Nachdruck verboten.)

Weltenwende

2] Roman von Horst Bodemer.

Den Oberkörper vorgeneigt, hatte Strahlentin seinem Fahrmeister zugehört. Da hatte ihn der Botschafter in die rechte Schmiede gegeben. Er sah jetzt Roffen mit ganz anderen Augen an. Der betrachtete mit finsterem Gesicht einen schwelenden Papyros, warf ihn unwillig in den Aschenbecher.

„Auch echt russisch! Das Zeug brennt nicht vernünftig, wenn man nicht immer daran zieht! Und wenn man's tut, beißt es die Zunge — und schmeckt doch süßlich dabei und nimmt einem die ruhige Ueberlegung!"

„Mensch, Sie schwelen ja geradezu in Beispielen!"

Da lachte Roffen gequält auf. Sein bartloses Gesicht wurde dann wieder ernst, Oberlippe und Nasenflügel zuckten in verhaltener Leidenschaft.

„Hoffentlich werden wir beide recht bald auf den Schlachtfeldern feststellen können, daß meine Beispiele stimmen!"

„Glauben Sie das denn wirklich?"

Ein erregter Unterton schwang durch Strahlentins Worte, seine blauen Augen blitzten, die breite Brust hob und senkte sich krampfhaft.

„Ich hoffe es ganz bestimmt! Denn Sie haben vollkommen recht! Was in den Offizierskasinos — und nicht blos dort — gesagt wird entspricht der Wahrheit! Wir haben keine Zeit mehr, lange zu warten, sonst werden wir in die Wurst gehackt! Unsere geographische Lage zwingt uns, das Schwert zu ziehen, — wenn nicht die Feinde zu dicht sind, vor der Zeit über uns herzufallen!"

„Und das halten Sie für möglich?"

„Für sehr wahrscheinlich sogar, Strahlentin! Ganz abgesehen davon, daß man seine Quellen hat! Man muß mit den Menschen rechnen! Erstens Rußland! Der Zar," ein Achselzucken Roffens „nicht die bestimmende Größe in seinem Riesenreiche. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch hat größeren Einfluß, wenigstens an den Stellen, auf die es ankommt! Seine Frau ist eine Montenegrinerin! Das Attentat in Serajewo vor wenigen Tagen, — Serben und Montenegriner sind nicht nur bluts-, sondern auch gesinnungsverwandt, — das gibt zu denken!"

„Herrgott, Sie meinen . . ."

„Ich meine! Mit den Beweisen freilich wird es schwer! Das ist Sache der Juristen! Wir Diplomaten haben andere Aufgaben, nämlich den Ereignissen nachzugehen und aus ihnen Schlußfolgerungen zu ziehen! Der Erzherzog Franz Ferdinand war den Russen der unbequemste Mann auf der Welt, das steht fest! . . . Und zweitens: Frankreich! Die Republik, wenigstens die des radikalen Bürgertums, fängt an zu wackeln. Nach welcher Seite sie fällt, kann keiner sagen. Frankreich ist das Land der Ueberraschungen. Im letzten Augenblick ein Schlagwort in die französischen Massen geschleudert, Jaurès kann an's Ruder kommen, aber auch ein Napoleonide oder ein Bourbone. Letzteres halte ich für am wenigstens wahrscheinlich! Und Frankreich erstickt fast an den großen Pumpen, die es Rußland geleistet hat. Das braucht nur zu sagen: ich kann nicht zahlen — und die Hunderttausende von französischen kleinen Sparern, die ihr Geld nach Rußland gegeben haben, werden wild! Kommt noch hinzu, daß Poincaré ein sehr ehrgeiziger Mann ist! Einen gelinden Größenrappel haben ja alle Franzosen, aber der Präsident ist nicht nur Franzose, er ist auch, — vielleicht in erster Linie, — Lothringer! Und ein Drittel Lothringens ist deutsch! . . . Ein Zeichen der Zeit war es, daß man Delcassé für ein paar Monate hierher als Botschafter geschickt. Der Mann leidet noch mehr an Größenwahn, den Eduard der Siebente noch besonders aufgepäppelt hat! Hier konnte Delcassé nicht wie in Paris eine der allerersten Geigen spielen und trotzdem kam er nach Petersburg! Da fragt man sich doch: warum tut er das? Um zum letzten Hieb auszuholen, für das radikale, französische Bürgertum, für seine eigene Zukunft! Die natürlich die Hauptsache blieb! Daher der neue Rumpf für strategische Bahnen in Rußland, viel Geld bleibt ja, wie hier landesüblich, unterwegs hängen! Daher die dreijährige Dienstzeit in Frankreich! . . . Man rechnete so: Deutschland kann zwar noch viel mehr Menschen, und vor allen Dingen intelligentere, aufstellen als Frankreich aber der Reichstag wird die Mittel nicht bewilligen! Und wenn er's schließlich doch tut, entsteht neue Unzufriedenheit und wenn dann mobil gemacht wird, haben sie den Krach im eigenen Hause! . . . Rußland aber hat noch mehr Menschen! Mag ein guter Teil als Kanonenfutter drauf gehen, schließlich wird Deutschland doch totgedrückt!"

„Glauben Sie an den Krach im deutschen Hause, Roffen?"

Der schüttelte energisch den Kopf.

„Nein, an den glaube ich nicht! Aus den verschiedensten Gründen nicht! Unsere Arbeiterschaft ist viel zu klug, als daß sie sich nicht sagt: Kommen wir unter russische und französische Knuchtel, bekommen wir's elend schlecht! Und dann: der Deutsche verträgt keinen ewigen Frieden! Der steckt voller Kampflust! Das ist ein Zeichen von Gesundheit! Daher die vielen Parteien im Reiche, die Katzbalgereien selbst um Kleinigkeiten, die bitterernst genommen werden! . . . Wenn unsere Regierung unter diesen Umständen nicht die richtige Minute erfaßte, in der sie auf den Knopf: „mobil" zu drücken hat, könnte sie uns leid tun!" . . .

Strahlentin sprang auf.

„Und wenn dann der Damm zerbricht, die Fluten in Feindesland strömen" . . .

„Sie müssen", fiel ihm Roffen ins Wort. „Denn jedermann wird wissen, daß es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht! Da käm ich zum Dritten, zum Allergefährlichsten! England! Es hat Spektakel im eigenen Hause, die Ulsterfrage! England hat in der Frage schon gezeigt, wie schwach es eigentlich ist! Es duldete — man mag sich auf einen Standpunkt stellen, welchen man will — bewaffnete Revolutionäre im Lande! Die Regierung wagt nicht die niederzuschlagen! Weil sie weiß, daß ihr Söldnerheer wahrscheinlich nicht marschieren wird! Glauben Sie denn, daß das auf die eigenen Kolonien ohne Eindruck bleibt?"

„Aber natürlich, Roffen! . . . Unsereiner — ich spreche vom deutschen Soldatenstandpunkt — versteht einfach nicht, wie sich die englische Regierung das gefallen lassen kann! Da heißt es doch entweder — oder!"

„Richtig, das sagte sich England auch! Aber England hat einen ausgeprägten Geschäftssinn. Es mengt die Ware! Und holt sich dann das Beste heraus. Auf dem Posten sind die englischen Diplomaten, das muß man ihnen lassen! Ueber den großen Spektakel in der Welt wird der kleine im eigenen Hause vergessen. Und von dem großen Spektakel hat man allerlei Vorteile. So rechnet man wenigstens! Frankreich und vor allen Dingen Rußland werden geschwächt. Letzteres ist von ganz besonderem Werte. Damit rettet man Indien auf Jahrzehnte! Denn ist Indien verloren, ist die englische Weltherrschaft verloren. Und den wirtschaftlichen Konkurrenten, Deutschland, bringt man bis zum Weißbluten, und drängt ihn von allen Betätigungsfeldern über See zurück. . . . Was hat dann Ulster noch zu sagen? Irgendwie wird man eine „großmütige" Lösung finden! . . . Kommt es zum Klappen, so werden Sie sehen, daß ich Recht habe!

Und zwar aus folgender Tatsache: England wird seine Flotte nach Möglichkeit schonen!"

Strahlentin wollte das nicht glauben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191705042-12/fragment/page=0003

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 3. Mai 1917.

Am Bundesratstische: Kraetke.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der Gesetzentwurf betreffend den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgte die Fortsetzung der Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Taubadel (Soz.): Nicht auf allen Gebieten hat die Post während des Krieges zur Zufriedenheit gearbeitet, namentlich nicht im Paketverkehr. Die Nichtannahme von eingeschriebenen Paketen wird schwer empfunden, eine erhebliche Arbeitsersparnis dürfte sie nicht bringen. Die Postdiebstähle werden vielfach auf die ungenügende Bezahlung der Hilfskräfte zurückgeführt. Das darf keine Entschuldigung sein. Nach der Einführung der 2½ Pfennigmarken sollten 2½ Pfennigmünzen geprägt werden. Preßtelegramme nach Österreich-Ungarn müßten ebenso behandelt werden, wie die im Reichsgebiet. Die Bezahlung der Beamtinnen ist nicht ausreichend und entspricht bei gleicher Dienstleistung nicht der Bezahlung der Männer. In der Beschäftigung von Kriegsbeschädigten geht die Postverwaltung den Privatbetrieben keineswegs vorbildlich voran. Ihre Bezahlung muß ihnen ein menschenwürdiges Dasein gestatten und einen gesicherten Betrieb gewährleisten.

Abg. Racken (Ztr.): Wir erkennen die gewaltigen Leistungen der Post, besonders der Feldpost, voll an. Die Reform der Beamtengehälter wird bei anderer Gelegenheit zu erörtern sein. Die Oberpostschaffner sollten baldigst zu ihrem allgemein anerkannten Recht kommen. Die Teuerungszulagen müssen weiter ausgebaut werden. Die Wohnungsfürsorge für die Beamten ist zu fördern. Die Postbeamten, namentlich an Eisenbahnknotenpunkten, müßten als Schwerarbeiter anerkannt werden, damit sie wie die Eisenbahner die erhöhte Brotration erhalten können.

Abg. Hubrich (Fortschr. Vpt.): Unserer vollen Anerkennung der großen Leistungen der Postbeamten daheim, im Felde und in den besetzten Gebieten wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß daheim im Paket- und Telephonverkehr nicht alles klappt wie im Frieden. Die Post mußte 107 000 Mann an das Heer abgeben und durch 120 000 ungeschulte Personen ersetzen. Auch die Hilfskräfte sind nach Kräften bemüht gewesen, ihr Bestes zu leisten. Der Postscheckverkehr kann noch weiter verbilligt werden. Die Anbringung von Hausbriefkästen würde die Bestellung in den Städten wesentlich beschleunigen. Die wirtschaftliche Lage der Beamten ist durch die riesenhafte Lebensmittelverteuerung unhaltbar. Nur ein genügend bezahltes Personal ist gewappnet gegen Unredlichkeit. Die Feldpostdiebstähle entfallen zu 88 Prozent auf das Hilfspersonal. Auskömmliche Bezahlung und frühzeitige Anstellung der Beamten liegen auch im Interesse der Bevölkerungspolitik. Die Postbeamtinne sollten von der Krankenversicherungsverpflichtung befreit werden. Das Beamtenrecht muß in freiheitlichem Sinne ausgebaut werden.

Abg. von Flemming (Kons.): Vielleicht ist es möglich in Verbindung mit den Militärbehörden der Bevölkerung von notwendig werdenden Postverren Nachricht zu geben. Die Klagen über ungenügende Bestellung von Feldpostpaketen sind vielfach unbegründet. Wir hoffen, daß im nächsten Etat genügende Zulagen und eine Vermehrung der Stellen für mittlere Beamte vorgesehen sein werden. Die Zulagen sollten nach der Kinderzahl bemessen werden.

Abg. Meyer-Herford (Natl.): Leider ist den Wünschen des Reichstages auf Löschung der Disziplinarstrafen bisher nicht entsprochen worden. Für eine Reform des Beamtenrechts sollten doch wenigstens die Vorarbeiten begonnen werden. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" muß auch besonders im Postbetriebe gelten. Nach Möglichkeit sollten so für die Postagenturen, Kriegsbeschädigte angestellt werden. Für Pakete mit Blindenschriften sollte ein besonders billiges Porto eingeräumt werden.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke: Von allen Seiten sind die besonders schwierigen Verhältnisse der Kriegszeit der Postverwaltung anerkannt worden. Uns stehen für den Paket- und Briefverkehr nicht mehr so viel Eisenbahnzüge zur Verfügung wie früher. Die Züge fahren überdies jetzt langsamer. Der schwere Winter ist dabei auch in Rücksicht zu ziehen. Die eingeschriebenen Pakete sind nicht wegen der Entschädigungspflicht abgeschafft worden. Die Zahl der in Verlust geratenen Pakete ist nicht so hoch, als man annimmt, auf 4000 Pakete kommt nur ein verlorenes Paket. Dieses Verschwinden ist nicht mit der Bezahlung des Aushilfspersonals in Verbindung zu bringen. Wir zahlen die gleichen Löhne wie andere Behörden für entsprechend gleiche Leistungen. Die Frauen kommen gern in unseren Dienst, weil ihnen der Dienst mit der freien Zeit angenehm ist. Preßtelegramme mit Österreich-Ungarn werden in einigen Tagen eingeführt werden. Das Nachtpersonal an Eisenbahnknotenpunkten ist mit den Rüstungsarbeitern in der Brotration gleichgestellt. Die Löschung von Disziplinarstrafen muß für alle Beamtenkategorien gleichmäßig erfolgen. Die Postbeamten dürfen nicht aus dieser allgemeinen Regelung herausgenommen werden. Eine Beseitigung der Portofreiheit der Fürsten ist nicht zu befürworten, in erster Linie würden dadurch die mildtätigen Stiftungen Schaden leiden.

Abg. Bruhn (D. Fr.): Auch wir schließen uns der Anerkennung für die Beamtenschaft gern an. Die Bestellung von Zeitungen, namentlich im Berliner Vorortverkehr läßt zu wünschen übrig. Für Umzugskosten versetzter Beamter sollte die Verwaltung voll aufkommen. An dem Patriotismus der Beamtenschaft ist nicht zu zweifeln. Angesichts der wirtschaftlichen Schädigungen, die durch den Krieg entstanden sind, muß nun endlich aber den Beamten ein Ausgleich gegeben werden.

Abg. Zubeil (Soz. Arb.-Gem.): Die großen Schwierigkeiten, die durch den Krieg entstanden sind, sollten endlich überwunden sein. Leider ist das noch nicht der Fall. Ein unhaltbarer Zustand ist es, daß in Schöneberg-Friedenau die Paketbestellung vollständig eingestellt ist. Für die Diebstähle völlig ungenügend bezahlter Aushilfskräfte sollte man nicht die Spitzbuben, sondern die bestrafen, die die schlechten Löhne bewilligten. Studenten und Studentinnen wurden zur Aushilfe gesucht gegen drei Mark Entschädigung für den Tag. Nicht berechtigt ist der Standpunkt, daß während des Krieges nichts geschehen könne. Die Teuerungszulagen werden ohne bestimmten Plan bewilligt bezw. entzogen. Die Behandlung der Postbeamten in einzelnen Postämtern gibt zu Klagen Anlaß.

Staatssekretär Kraetke: Ich bedauere, daß hir trotz aller Bitten nicht Einzelfälle vorgelegt sind. Einstweilen bezweifle ich die geschilderten Vorgänge. Ich muß prüfen, was daran wahr ist. Die Teuerungszulagen werden nach bestimmten Grundsätzen bewilligt, wie bei allen anderen Behörden, ebenso ist es mit der Bezahlung der Aushilfskräfte.

Abg. Dr. Quarck (Soz.): In Frankfurt am Main sind Kriegerfrauen die ihnen zustehenden Kinderzulagen gestrichen worden. Bei der Reichspost muß eine Zentralstelle für die sozialpolitische Vorbildung der Beamten geschaffen werden. Unglaublich ist es, daß ein Kriegsbeschädigter mit einem Arm durch Verfügung der Zentralbehörde als Postbote abgelehnt werden mußte, um einer Frau Platz zu machen. Aus Oldenburg werden unter der Freiheit von Telegrammgebühren Hunderte von Telegrammen zur Werbung von Mitgliedern des Schulschiffsvereins abgeschickt.

Abg. Sivkovich (Fortschr. Vpt.): Die Beseitigung des Portoprivilegs der Fürsten haben wir im vorigen Jahr in einer Resolution gefordert.

Staatssekretär Kraetke: Die Resolution über die Portofreiheit der Bundesfürsten ist im Bundesrat noch nicht erledigt. Ich bezweifle, daß eine Verfügung ergangen ist, daß Kriegsbeschädigte nicht als Hilfsboten beschäftigt werden. Mir ist keine solche bekannt.

Abg. Lic. Mumm (Deutsche Fraktion): Den in den besetzten Gebieten tätigen Postbeamten sollte Land zum Gemüsebau überwiesen werden. Im Interesse der Bevölkerungspolitik muß die Besoldungsreform gefordert werden mit Ehestands-, Nachkommenschafts- und Alterszulagen.

Damit schloß die Aussprache.

Der Präsident teilte mit, daß ein konservative und eine sozialdemokratische Interpellation betreffend die Kriegsziele eingegangen sind, die beide auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden.

Der Postetat wurde bewilligt.

Ein Gesetzentwurf auf Abrundung der Reichsabgaben für den Telegraphenverkehr wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Etat der Reichsdruckerei und der Etat des Reichstages wurden ohne Aussprache bewilligt.

Darauf wurde vertagt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr pünktlich: Interpellationen und Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 7 Uhr.

Die deutsche Valuta im Ausland

Die Pflege und Aufrechterhaltung unserer Währung ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Reichsbank. Sie besitzt das Privileg der Notenausgabe, ist aber durch das Reichsbankgesetz verpflichtet, ihre Banknoten jederzeit in Gold einzulösen. Diese Vorschrift bildet die Grundlage unserer Goldwährung. Bei Beginn des Krieges ist sie jedoch mit Recht aufgehoben worden. Bestehen blieb nur die sogenannte Drittelbedeckung, d. h. die Verpflichtung der Reichsbank, jederzeit ein Drittel der umlaufenden Noten in Gold zu besitzen. Gegenüber dem während des Krieges stark gestiegenen Betrage der umlaufenden Noten war es nicht immer leicht, diese Drittelbedeckung aufrecht zu erhalten. Durch tatkräftige Mitwirkung der Bevölkerung, die die in privatem Besitz befindlichen Goldbestände hergab, ist jedoch dieses Ziel erreicht worden. Der Goldbestand der Reichsbank belief sich bei Kriegsausbruch auf 1268 Millionen Mark und hat jetzt die Höhe von über 2500 Millionen Mark erreicht. Im Wirklichkeit ist der Erfolg der Bestandsvermehrung noch größer. Die Verdoppelung stellt nämlich den reinen Zuwachs, den Ueberschuß des Eingangs über den Ausgang, dar. Die Reichsbank hat aber fortlaufend recht erhebliche Beträge (mindestens eine Milliarde) für Valutazwecke hergeben müssen, so daß der Reichsbank in Wirklichkeit seit Kriegsbeginn etwa 2300 Millionen in Gold zuflossen, aber etwa nur eine Milliarde weniger als Bestand verblieben sind. Mit der Hergabe erheblicher Goldbeträge für Valutazwecke hat die Reichsbank viele notwendigen Ankäufe an Lebensmitteln und anderen Waren aus dem neutralen Auslande, die nur in Gold bezahlt werden konnten, überhaupt erst ermöglicht und dadurch wesentlich beigetragen, eine größere Verschlechterung des Kurses unserer Währung im Ausland, wie sie ja eingetreten ist, zu verhindern. Die Gründe für das Sinken unserer Valuta im Ausland d. h. des Wertes unserer Reichsmark, liegen auf der Hand und sind eine Folge unserer im Verkehrsmittel zu Ueberseeländern ungünstigen, leicht abschließbaren geographischen Binnenlage im Mittelpunkt Europas. Im Friedensjahr 1913 betrug die deutsche Einfuhr 10 Millionen Mark, die Ausfuhr 11 Milliarden, so daß die Beschaffung der zur Bezahlung der Einfuhr nötigen Beträge und Wechsel im Auslande ohne Schwierigkeiten erfolgen konnte und dadurch bewirkt wurde, daß unsere Währung auch im Ausland einen ihrem wirklichen Wert entsprechenden Stand einnahm. Durch den Krieg ist aber eine sehr erhebliche Verschiebung in der Ein- und Ausfuhr eingetreten. Unser Export hat infolge Absperrung von Uebersee sowie stark gestiegenen Eigenbedarfs fast ganz aufgehört, die Einfuhr blieb nur von wenigen Ländern möglich, aber wir müssen zur Bezahlung entnommener Waren Zahlungsmittel dieser Länder erwerben, können dies jedoch infolge Wettbewerbs anderer Länder nur zu steigenden Preisen tun. Der Kurs dieser ausländischen Zahlungsmittel steigt durch die vermehrte Nachfrage, während der unserer Mark die bisherige Kaufkraft einbüßt, also sinkt. Im Jahre 1915 verschärfte sich die Lage so, daß schließlich die Minderbewertung unserer Währung im Ausland 25 bis 30 von hundert betrug. Wir müssen also das wenige, was wir noch einführen können, mangels jeglicher Ausfuhr nicht bloß mit recht hohen Preisen, sondern noch mit einem Aufgeld von 25 bis 30 v. H. bezahlen. Gewiß ist dies nichts Erfreuliches, aber ein Bedenken für die Zukunft liegt darin noch nicht. Bei Eintritt normaler Verhältnisse und mit allmählicher Steigerung unserer Ausfuhr wird auch unsere Valuta wieder ihren alten Stand einnehmen. Ein Land, welches wenig oder gar nichts ausführt, also auch keine Einnahmen vom Ausland hat, besitzt nur schwache Zahlungsmittel, und das drückt naturgemäß auf seine Valuta im Ausland. Andererseits hat die Seeblockade aber auch eine günstige finanzielle Wirkung. Wenn sie auch die Ernährung erschwert, bessert sie die Finanzen; denn wenn vom Ausland nichts bezogen werden kann, braucht auch nichts dorthin bezahlt zu werden. Die Lage ist günstiger als in Frankreich und England trotz unserer gesunkenen Valuta; denn diese Länder konnten große Aufträge an überseeische Länder geben, da ihnen ja die See offen stand, ihre Einfuhr übersteig daher ihre Ausfuhr um mehr als eine Milliarde monatlich, sie wurden und werden dadurch immer mehr zu Schuldnern und Gläubigen des Auslandes und verarmen daher, wie die französische Zeitschrift „Victoire" vom 10. April ausführt, durch den Krieg mehr als das von seinen eigenen Hilfsquellen lebende Deutschland. Durch Deckung dieser ungeheuren Ankäufe im Ausland sind übrigens auch für England und Frankreich erhebliche Valutenschwierigkeiten entstanden, die den umfrigen kurz nach Kriegsbeginn bestehen. Englische Konsols, früher das folgende Papier der Welt, haben jetzt schon einen um 20 v. H. niedrigeren Kurs als vor dem Kriege und französische Rente ist um 17 v. H. zurückgegangen, von Rußland und Italien ganz zu schweigen, deren Wertpapiere eine Entwertung von 40 bis 50 v. H. erlitten hat.

Lassen wir uns also durch die gegenwärtigen kleinen Valutaschwierigkeiten für die Zukunft nicht beirren und halten wir an dem sehr richtigen Ausspruch unseres Reichsschatzsekretärs fest, den er im Reichstage tat: „Die beste Valuta nach dem Kriege wird diejenige des Siegers sein."

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 4. Mai

Bestimmungen über Hausschlachtungen

In einer Ergänzungsverordnung zu der Bekanntmachung über die Regelung des Fleischverbrauches vom 21. August 1916 sind die Bestimmungen über Hausschlachtungen neu zusammengefaßt und ergänzt worden.

Hiernach werden vom 1. Oktober 1917 ab Hausschlachtungen nur noch genehmigt, wenn Schweine oder Rinder mindestens drei Monate in der eigenen Wirtschaft gehalten worden sind, da mit der bisherigen Sechswochenfrist vielfach Mißbrauch getrieben ist; Personen, die weder die nötige Sachkenntnis, noch auch geeignete Stallungen und Futtermittel besaßen, haben Schweine die Mindestfrist von 6 Wochen hindurch gehalten, ohne Rücksicht auf den Erfolg, lediglich um sich erhebliche Selbstversorgermengen zu sichern.

Aus demselben Grunde ist der Erwerb von Schweinen von mehr als 60 Kilogramm Lebendgewicht zum Zwecke der Selbstversorgung nunmehr allgemein untersagt worden. Weiter wird bestimmt, daß der Selbstversorger, der in den Monaten September bis Dezember schlachtet, Vorräte höchstens bis 1 Jahr, bei Schlachtungen zu anderer Zeit höchstens bis zum Schlusse des Kalenderjahres behalten darf. Hierdurch soll die unwirtschaftliche Aufstapelung von Vorräten auf allzulange Zeit verhindert werden.

Eine weitere Vorschrift bindet die Abgabe von Fleisch an der Zuteilung des Selbstversorgers an Dritte gegen Entgelt an die Genehmigung des Kommunalverbandes, damit nicht wucherischer Kettenhandel mit angeblich kartenfreiem Fleisch aus dieser Quelle gespeist werden kann.

Im übrigen führt die Verordnung eine schärfere Ueberwachung der Hausschlachtungen durch genaue Feststellung der Schlachtgewichte, amtliche Ueberwachungspersonen und Beurteilung der ermittelten Gewichte ein, wozu nähere Ausführungsbestimmungen erlassen sind.

Erwähnt sei schließlich, daß die Verordnung den Landeszentralbehörden das Recht gibt, Krankenhäuser und ähnliche Anstalten zur Versorgung ihrer Insassen und gewerbliche Betriebe zur Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter auch als Selbstversorger anzuerkennen, wenn sie Rinder mästen und zur Hausschlachtung bringen wollen.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 3. Mai. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	264¼	265¼
Dänemark	183	183¾
Schweden	193¼	193¾
Norwegen	187¼	187¾
Schweiz	139¼	139¾
Oesterreich-Ungarn	64.30	64.50
Bulgarien	80¼	81¼
Konstantinopel	20.40	20.50
für ein türkisches Pfund		
Spanien	125¼	126¼
für 100 Pesetas		

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 3. Mai. Wegen der erneut an die Börsenkreise ergangenen Warnung für eine allzu lebhafte Betätigung legt man sich in dieser Beziehung zwar einige Beschränkung auf, doch wurde die feste Grundstimmung hierdurch nicht im geringsten beeinträchtigt. Abgesehen von der günstigen militärischen Lage, die heute die nunmehr bewilligte Kohlenpreiserhöhung. Auch zu stärkerer Nachfrage für sämtliche Kohlenaktien. Doch auch Eisenaktien, und zwar sowohl die bekannten führenden Ultimos, als auch sonstige per Kasse gehandelten Werte wurden nach wie vor begünstigt. Außerdem erstreckt sich die Kauflust auf Kali-, Zellstoff- und Petroleumaktien. Größere Umsätze zu stark erhöhten Preisen fanden in Rheinisches Metall statt, während die übrigen Rüstungswerte weniger beachtet wurden. Schiffahrts-, Elektrizitäts- und Chemische Werte behaupteten ihren Kursstand mehr gut.

Produktenbericht.

Berlin, 2. Mai. Die vorgeschrittene Jahreszeit macht sich nunmehr am Markt für Sachgetreide stark fühlbar. Während der Bedarf für Saatbafer und Saatgerste stark abgenommen hat, ist von einer Nachfrage nach Saatweizen und Saatroggen überhaupt nichts mehr zu spüren. Von anderen Saatartikeln bleiben Serradella andauernd sehr fest. Kleesaaten sind kaum zu beschaffen. Von Grassämereien sind besonders Timothy und Raygras bevorzugt. Das Geschäft in Industriehafer ist vorläufig infolge der neuen Verfügung, daß die Ware zunächst an die Heeresleitung geliefert werden muß, gänzlich ins Stocken geraten. Wetter: Schön.

Letzte Telegramme

Amerikanische Truppensendungen nach Frankreich?

Berlin, 4. Mai. Wilson soll der französischen Mission versprochen haben, einen Versuch mit der Sendung amerikanischer Truppen nach Frankreich zu machen.

Serbien erbittet in Amerika die Gewährung eines Kredites

Bern, 3. Mai. Lyoner Blätter melden aus Washington, Serbien habe um die Gewährung eines Kredites nachgesucht.

Die Einberufung der spanischen Cortes

Bern, 3. Mai. Der „Temps" meldet aus Madrid, der Ministerrat habe einstimmig beschlossen, die Cortes einzuberufen, und zwar wahrscheinlich auf Ende Mai.

Die griechische Ministerkrise

Athen, 3. Mai. (Agence Havas.) Zaimis übernimmt das Ministerium des Aeußern, Rhallis wieder das Finanzministerium. Die übrigen Minister werden heute abend ernannt werden.

Ministerrücktritt

Rio de Janeiro, 3. Mai. (Agence Havas.) Der Minister im Aeußern Lauro Müller ist zurückgetreten.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Konzerte und Sport: H. Riechner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: O. Kreikahm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191705042-12/fragment/page=0004